



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

Mehr bezahlbarer Wohnraum – Wohnungswirtschaft fordert intensivere Baulandaktivierung im Außenbereich

24.01.2019 Fachinformation

Anlässlich der 3. Sitzung der Kommission "Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik" am 23. Januar 2019 hat der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. in einer Pressemitteilung zur Bereitstellung von passenden Bauflächen auch im Außenbereich aufgefordert. Der BBU unterstützt diese Forderungen und sieht darin einen wichtigen und zielführenden Weg, um dem dringend benötigten Flächenbedarf für bezahlbares Wohnen zu entsprechen.

Aktive Bodenpolitik

Da die Potenziale der Innenstädte, die durch Neubau und Nachverdichtung erschlossen werden können, nicht ausreichen um genügend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, muss auch der Außenbereich in geeignetem Maße zur Wohnraumaktivierung genutzt werden. Entscheidend dafür ist eine aktive Bodenpolitik der Kommunen. Dies beinhaltet unter anderem, dass die Kommunen bei der Ausweisung von Innen- und Außenbereichen ihr Augenmerk auf die aktuellen Anforderungen des Wohnungsmarktes legen, da die Realisierung von Wohnraum im planungsrechtlich als 'Außenbereich' deklarierten Teil einer Kommune aufgrund verschiedener Regelungen des Baugesetzbuches stark eingeschränkt ist.

Eingriffsrechte stärken

Die Städte in ländlichen Räumen benötigen für eine aktive Bodenpolitik bei der Stadtentwicklung stärkere Eingriffsrechte als bisher, etwa um zu kleine Grundstücke zusammen legen zu können oder nicht mehr funktionsfähige Grundstücksflächen und Gebäudegrundrisse zu bereinigen.

Bauflächen-Vergabe auf Basis kommunaler Wohnraumkonzepte

Zentrales Element einer passgenauen Boden- und Baulandpolitik ist weiterhin die Vergabe von Bauflächen auf Basis kommunaler Wohnraumkonzepte und nicht – wie vielerorts noch üblich – nach dem Höchstpreisverfahren. Schließlich sollten auch die Baukosten, die Normen und das Bauordnungsrecht durch die Kommission auf den Prüfstand gestellt und damit die Umsetzung bereits vorhandener Ergebnisse in diesen Bereichen forciert werden. Wie vom BBU am 4. September 2018 berichtet, hat die Regierungskommission "Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik" im September 2018 ihre Arbeit aufgenommen und soll bis Mitte 2019 konkrete Vorschläge für Maßnahmen zur Verbesserung der Baulandbereitstellung vorlegen.

Auch der BBU setzt sich für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ein, nicht zuletzt im Rahmen des im März 2017 ins Leben gerufenen Bündnisses für Wohnen im Land Brandenburg. Baulandaktivierung und -bereitstellung sind hier zentrale Themen. BBU-Vorstand Maren Kern betont stets aufs Neue, dass Neubau und die Bereitstellung geeigneter Bauflächen die wichtigsten Maßnahmen zur Lösung der Wohnungsfrage sind.

Die Stellungnahme des GdW ist in unserem Downloadbereich abrufbar.

Downloads

190123_baulandmobilisierung_anlage_pm	70.22 KB
	PDF

<https://bbu.de/beitraege/mehr-bezahlbarer-wohnraum-wohnungswirtschaft-fordert-intensivere-baulandaktivierung-im-aussenbereich>